

Beschluss der Kreismitgliederversammlung der Erlanger SPD vom 13. Juli 2006

AdressatInnen: SPD-Bundestagsfraktion

## Für eine fortschrittliche und solidarische Reform im Gesundheitssystem

Die SPD Erlangen will eine solidarische Reform des Gesundheitssystems. Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die allen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung stehen muss. Qualitativ hochwertige Leistungen und Teilhabe am medizinischen Fortschritt für alle zukünftig zu sichern muss oberste Priorität einer Strukturreform sein.

### I. Qualität im Gesundheitssystem

Im deutschen Gesundheitssystem stehen Qualität und Kosten in einem Missverhältnis. Trotz hohem technischem und finanziellem Einsatz sind die Ergebnisse unseres Gesundheitswesens im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich. Zahlreiche Strukturprobleme haben diese Situation erzeugt. Dazu gehören

- im internationalen Vergleich weit überdurchschnittliche Medikamentenpreise belasten gerade das deutsche GKV-System in nicht hinnehmbarer Weise,
- das Gesundheitssystem aktuell erstarrt in Bürokratie und Verwaltung,
- der Vorrang akuter gegenüber präventiver Behandlungsmethoden,
- die Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung,
- das Aushandlungskartell der Kassenärztlichen Vereinigung,
- der Wettbewerb um „gute“ Risiken zwischen den Krankenkassen,
- eine unnötige Aufspaltung in hunderte von Krankenkassen im Bereich der GKV,
- eine völlig unregelte Arztwahl in allen Bereichen führt schon strukturell zu flächendeckendem Missbrauch und zu einer Unzahl unnötiger und doppelter Untersuchungen und stellt eine Ressourcenverschwendung dar

Eine fortschrittliche Gesundheitspolitik muss diese Strukturprobleme beseitigen. Nur so kann ein gesundes Leben ermöglicht werden.

Mit Mut und ohne Ansehen von Gruppeninteressen muss die Pharmaindustrie in ihrer Preispolitik direkt in die Schranken gewiesen werden, ohne dies aus Feigheit z.B. mittels Bonus-Malus Regelung auf dem Rücken der betroffenen ÄrztInnen und PatientInnen zu tun.

Hausarztzentrierte Versorgung ist als Primärversorgung flächendeckend einzuführen (Ausnahme Zahnmedizin, Gynäkologie und Augenheilkunde). Bei individueller Abweichungen hiervon besteht kein Anspruch auf Sachleistungserstattung. Das Dogma - als Freiheit tituliert - auf jede Gesundheitsleistung zu jedem Zeitpunkt ohne fachliche Steuerung individuell zugreifen zu können hat hinter dem Interesse nach einem solidarischen, qualitativ hochwertigem und zukunftssicherem Gesundheitssystem zurück zustehen.

Behandlungspauschalen müssen wo immer möglich an die Stelle der derzeitigen Abrechnungsbürokratie treten. Innerhalb dieser neuen Vergütungsstruktur muss die Arbeit und das Gespräch unmittelbar mit den PatientInnen einen neuen und größeren Wert erhalten.

Evidenzbasierte Leitlinien sollen das Qualitätskriterium auf allen Versorgungsebenen sein, wobei in der Ausarbeitung viel weniger als bisher wirtschaftliche Interessen einfließen dürfen.

Wir wollen die Flucht gesunder, wohlhabender Versicherten aus der GKV beenden. Deshalb muss in der Konkurrenz zwischen privater und gesunder Krankenversicherung ein am Gemeinwohl orientierter Ausgleich gefunden werden. Wir wollen den Risikostrukturausgleich zwischen den Krankenkassen erhalten und morbiditätsorientiert (an der Krankheitsverteilung ausgerichtet) neu ausgestalten. Wir wollen Prävention und Gesundheitsvorsorge stärken. Die Rehabilitation muss als wichtige Säule einer vorbeugenden Gesundheitspolitik einen wichtigeren Stellenwert im Gesundheitssystem bekommen.

## II. Finanzierung des Gesundheitswesens

Im Vordergrund der aktuellen Debatte steht aber kaum die Gesundheitspolitik, sondern die Frage der Finanzierung der Sozialpolitik. Trotz aller Unkenrufe von interessierter Seite: Die GKV hat kein Kostenproblem. Die Ausgaben für die GKV sind in den letzten 30 Jahren gemessen am BIP nicht gestiegen.

Wir fordern in der großen Koalition die Durchsetzung der solidarischen Bürgerversicherung. Obwohl die Union diesen notwendigen Weg wird verhindern wollen, bleiben wir dabei, dass die Solidarität in der GKV gestärkt, nicht abgebaut werden muss. Deshalb wird es mit der SPD keine Kopfpauschale geben können. An den zukünftigen Gesundheitskosten müssen sich alle beteiligen. Die Unternehmen dürfen aus ihrer Verantwortung zur Finanzierung des Gesundheitssystems und zur Schaffung gesunder Arbeitsbedingungen nicht entlassen werden.

Wir wissen: Mit unserer Forderung nach der solidarischen Bürgerversicherung und der Ablehnung der Kopfpauschale haben wir über die große Mehrheit der Bevölkerung hinter uns. Diese solidarische Mehrheit muss die SPD in der laufenden Reformdebatte mobilisieren. Statt reiner Hinterzimmer-Runden brauchen wir deshalb eine öffentliche Auseinandersetzung um die Gesundheitspolitik. Die SPD muss sie jetzt in einer Kampagne führen. Dabei müssen endlich an entscheidender Stelle auch die Betroffenen und die tagtäglichen Leistungserbringer gehört werden und nicht nur Lobbyisten und realitätsferne Gesundheitsökonomien.

Die Finanzierungsgrundlage der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) muss stabil und solidarischer gestaltet werden. Folgende Essentials sind für eine Finanzierungsreform der GKV für uns entscheidend:

- keine Kopfpauschale. Auch keine Mini-, Light- oder Sonstwie- Kopfpauschale.
- Kein Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages.
- Keine Leistungskürzungen oder Beitrags und Zuzahlungserhöhungen, sondern effektiver Ressourceneinsatz
- Verbreiterung der Beitragsbemessungsbasis schrittweise auf alle Einkommensarten
- Einstieg in die solidarische Bürgerversicherung durch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und die Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze.

- Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben ordnungsgemäß über Steuern.

Das in der Diskussion befindliche Fondsmodell erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Deshalb lehnen wir das Fondsmodell als unsolidarisch ab. Es würde neben dem Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge auch die Belastung der Versicherten mit allen künftigen Kostensteigerungen bedeuten. Das Fondsmodell ist keine sozialdemokratische Gesundheitspolitik!

Zusammenfassend stellen wir fest: Die vorliegenden Eckpunkte erfüllen unsere Anforderungen an eine fortschrittliche und solidarische Reform im Gesundheitssystem nicht.

Der SPD Kreisverband Erlangen fordert die Bundestagsfraktion auf, dem so genannten Kompromiss in der Gesundheitsreform in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen.

Wir werden keine Reformmaßnahmen mehr mittragen, die wiederum einseitig nur die Versicherten in Form von Leistungskürzungen, Leistungsausschlüssen oder anderen Maßnahmen finanziell belasten.